

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, René Springer, Ulrike Schielke-Ziesing, Martinichert und der Fraktion der AfD

Arbeitsplätze für Schwerbehinderte

Laut dem Bericht „Blickpunkt Arbeitsmarkt“ der Bundesagentur für Arbeit von Mai 2018 hat sich die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Schwerbehinderung verbessert. Doch trotz dieser Verbesserung sind sie immer noch schlechter als Menschen ohne Schwerbehinderung gestellt. Insbesondere die Dauer des Leistungsbezuges von Grundsicherung stellt sich aus Sicht der Fragsteller problematisch dar. Weiterhin arbeiten Schwerbehinderte in allen Branchen, doch ist ihr Arbeitsplatz sehr häufig im Bereich des öffentlichen Dienstes zu finden. Die Privatwirtschaft bietet demnach in Relation nicht so viele Beschäftigungsmöglichkeiten, und wenn, dann insbesondere in Großunternehmen mit Betrieben in den Ballungszentren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Zahl Schwerbehinderter, die in Unternehmen beschäftigt sind, die nicht in den Bereich des § 160 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) fallen (bitte die Entwicklung beginnend ab 2010 getrennt nach Männern und Frauen aufschlüsseln)?
2. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Tätigkeiten, die Schwerbehinderte in Unternehmen ausüben (bitte in einfache Hilfstätigkeiten, kaufmännische Tätigkeiten, IT-technische Tätigkeiten, handwerkliche Tätigkeiten mit Ausbildung, medizinische Tätigkeiten, sonstige Tätigkeiten aufteilen)?
3. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Zahl der Wochenarbeitsstunden Schwerbehinderter (bitte die jährliche Entwicklung ab 2010 aufzeigen)?
4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Ausfalltage Schwerbehinderter (bitte die jährliche Entwicklung ab 2010 aufschlüsseln)?
5. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Verteilung der Arbeitsplätze für Schwerbehinderte in Deutschland (bitte Auskunft darüber erteilen, ob diese Arbeitsplätze eher im großstädtischen oder eher im ländlichen Raum zu finden sind, bzw. wo es ggf. räumlich betrachtet erhebliche Defizite beim Arbeitsplatzangebot gibt)?

Berlin, den 19. Februar 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

